



JUSO-Initiative – neuer Angriff auf Familienunternehmen

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine Steuer von 50 Prozent auf Nachlässen, die einen Freibetrag von 50 Millionen Franken übersteigen. Es wird mit Milliardeneinnahmen gerechnet, die für den ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft eingesetzt werden sollen. Leidtragende wären die über Generationen nachhaltig geführten Schweizer Familienunternehmen. Ihnen würden jegliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Firmenverkäufe und Liquidationen zur Begleichung der enormen Steuerbeträge wären die häufigen Folgen. Die Juso zerstört mit ihrer neuen Initiative einen Grundpfeiler der traditionellen Schweizer Wirtschaft.

Nach gescheiterten Anläufen (Erbschaftssteuerinitiative 2015, 99%-Initiative 2021) lanciert die JUSO einen neuen Angriff gegen die Schweizer Familienunternehmen. Die notwendigen Unterschriften für die «Zukunftinitiative» wurden offiziell eingereicht. Im Unterschied zur Erbschaftssteuer-Initiative von 2015, die mit 71 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde, sind keine Entlastungen für Familienbetriebe vorgesehen. Sofern der Nachlass den Betrag von 50 Millionen überschreitet, was bei grösseren Familienunternehmen oft der Fall ist, würde der Staat die Hälfte des darüber liegenden Betrags wegbesteuern. Damit soll ein «sozio-ökologischer» Umbau finanziert werden. Firmen gehen kaputt, der Staat übernimmt: das ist das Motto der Juso.

Massive Belastung für Familienunternehmen: ein Zahlenbeispiel

Die Folgen für die betroffenen Firmen wären gravierend. Angenommen ein Familienunternehmen hat einen Marktwert von 250 Millionen Franken. 60 Prozent der Anteile befinden sich im Besitz des Inhabers, der stirbt. Der Nachlass umfasst somit Beteiligungen von 150 Millionen. Nach Abzug des Freibetrags von 50 Millionen sind 100 Millionen zu 50 Prozent steuerbar, die Steuerrechnung beträgt gesalzene 50 Millionen Franken. Woher das Geld nehmen?

Der Verkauf von Firmenanteilen an Dritte dürfte die Folge sein. Über Generationen nachhaltig geführte Unternehmen gelangen in ausländischen Besitz, die Familienkontrolle geht verloren. Gelingt der Verkauf von substantiellen Unternehmensteilen nicht, bleibt in letzter Folge nur die Liquidierung unter Inkaufnahme von Arbeitsplatz- und Know-how-Verlusten. Die «Zukunftssteuer» genannte Abgabe bedeutete das Ende für das schweizerische Erfolgsmodell des nachhaltig über Generationen von Inhaberfamilien kontrollierten Unternehmen. Ein herber Verlust für Volkswirtschaft und Gesellschaft.

Hohe wirtschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen

Durch Familien kontrollierte Unternehmen sind in der Schweiz bedeutend. Gemäss einer Studie von EY und der Universität St. Gallen gehören **16 Familienunternehmen zu den Top 500 weltweit**. Darunter Roche, Kühne + Nagel, Richemont, Tetra Laval, Emil Frey Group, Liebherr, Schindler, DKSH, Swatch, Barry Callebaut, Firmenich, AMAG, Omya, Stadler Rail, Bucher Industries und Endress+Hauser. Solche Familienunternehmen zeichnen sich (im Gegensatz zu rein börsenkotierten Firmen) durch ihre langfristige Ausrichtung aus. Dank solider Finanzierung sind sie Stabilitätsanker der schweizerischen Volkswirtschaft. Sie sind stark werteorientiert, regional verwurzelt und Mitarbeitende identifizieren sich oftmals stark mit ihren Firmen.

Mit Fluchtbewegungen ist zu rechnen

Die JUSO verspricht sich von der Initiative Milliardeneinnahmen. Damit es nicht zu Wegzügen von Unternehmerinnen und Unternehmern kommt – ein Anschauungsbeispiel für Fluchtbewegungen aufgrund von exzessiven Steuern ist aktuell **Norwegen**, – verlangen die Initianten von Bund und Kantonen, neue Hürden und Schranken aufzubauen. Die JUSO erkennt damit selbst die Schädlichkeit ihrer Initiative. Die Schweiz droht, zum willkürlichen Kontrollstaat zu werden. Die Perspektiven der JUSO-Initiative für unser Land sind beunruhigend.